

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 wird über die "Werbetour" bei vogtländischen Unternehmen zur Unterstützung des neuen Akademiekonzepts der **Studienakademie Plauen** berichtet.

In seinem Kommentar auf Seite 2 beantwortet Rolf Schwanitz die Frage, ob man die **EU-Verfassung** ablehnen kann.

Auf Seite 2 geht es außerdem um die Unterstützung von Schwanitz beim Kampf zweier **Bürgerinitiativen gegen den Gesteinsabbau**.

Ein Bericht zum Besuch von **Rolf Schwanitz beim SPD-Ortsverein Klingenthal** ist auf Seite 3 zu finden.

Dort ist auch ein Aufruf von Schwanitz an alle ehrenamtlich engagierten Bürger aus dem Vogtland, sich mit sozialen Ideen und Projekten an dem **bundesweiten Wettbewerb startsocial** zu beteiligen.

Um die **Umsetzung des 20-Punkte-Programms** der Bundesregierung geht es auf Seite 4.

Ein kurzer Artikel zur **Einweihung des Holocaustmahnmals** in Berlin ist dort ebenfalls.

Auf der letzten Seite finden Sie wie immer auch die nächsten **Termine und Bürgersprechstunden** von Rolf Schwanitz.

Unbezahlbare Werbung für das Vogtland



„Mit diesem Katalog erreicht unsere Bewerbung über 200 Fußballverbände in der ganzen Welt. Das ist eine unbezahlbare Werbung für Plauen und das gesamte Vogtland!“ Der vogtländische Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz war sichtlich begeistert, als er Mitte April bei einer Pressekonferenz in Plauen den offiziellen Katalog der Bewerber um ein WM-Mannschaftsquartier vorstellte.

Nach einem Vorwort von Franz Beckenbauer werden darin rund 110 Städte in Deutschland aufgeführt, die sich als Gastgeber für einen WM-Teilnehmer bewerben. Mittendrin der IFA Ferienpark in Schöneck und der VFC Plauen. Schwanitz: „Unsere Bewerbung kann sich wirklich sehen lassen. Das Vogtland liegt hier auf gleicher Höhe mit Bewerbern wie Berlin oder dem renommierten Leistungssportzentrum Kienbaum.“ Lobende Worte kamen auch vom WM-Botschafter für Leipzig, Rene

Müller, der neben dem Aufsichtsratsvorsitzenden des VFC Plauen, Bernd Stubenrauch, dem Direktor des IFA-Ferienparks Schöneck, Thomas Jahn und dem Koordinator im Stadtsportbund, Wolfgang Eckardt, an der Pressekonferenz teilnahm. Dabei zeigte sich Müller insbesondere von den professionellen Rahmenbedingungen angetan: „Der VFC Plauen und Schöneck bieten eine geniale und großartige Anlage und das passende Umfeld für jede WM-Mannschaft,“ so der ehemalige Trainer des VFC. „Ich würde mir wünschen, dass es in anderen Städten einen ähnlichen Enthusiasmus gäbe, wie hier im Vogtland.“

Mit wie viel Engagement die Bewerbung in der gesamten Region getragen wird, unterstrich auch der Bericht von VFC-Aufsichtsrat Bernd Stubenrauch über die Vorbereitung der Mini-WM. Kommunen, Schulen, Vereine, Sponsoren und viele Einzelpersonen hätten dazu beigetragen, dass das geplante große Jugendfußball-Turnier im Juni tatsächlich realisiert wird. Insgesamt 64 Mannschaften aus dem E- und C-Jugend Bereich werden dann in die Trikots der WM-Teilnehmer 2002 in Südkorea und Japan schlüpfen und hier im Vogtland den neuen Weltmeister ausspielen.

60. Jahrestag des Kriegsendes

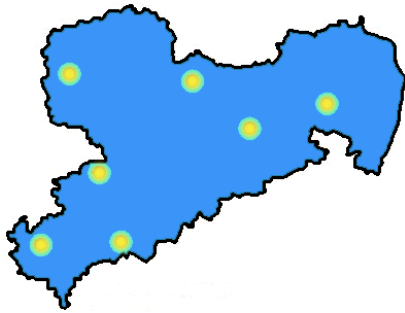
Vor 60 Jahren ging der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben am vergangenen Sonntag in einer gemeinsamen Gedenkstunde an das Kriegsende und die Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erinnert. An der Gedenkveranstaltung im Reichstagsgebäude nahm auch Staatsminister Rolf Schwanitz teil. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von jungen Musikern aus Tschechien, Polen und Deutschland.

Für Rolf Schwanitz bleiben die Erinnerung und die intensive Beschäftigung mit der Vergangenheit unverzichtbar. Für ihn ist aber auch klar, dass wir alle gemeinsam an einer europäischen Zukunft des Friedens, des Interessensausgleichs und des Vertrauens weiterarbeiten müssen. Ein Meilenstein dazu ist für ihn die Europäische Verfassung: "Frieden zu schaffen und zu bewahren ist der Kern des europäischen Integrationsprozesses. Mit der EU-Verfassung wird das Friedensziel besonders betont und die Bedeutung der UN-Charta und ihrer Grundsätze für das außenpolitische Handeln der EU hervorgehoben."



© Deutscher Bundestag

Positive Resonanz



Die Standorte der sächsischen Berufsakademien

Die von Rolf Schwanitz ins Leben gerufene Initiative zum Ausbau der Berufsakademie Plauen stößt bei Betrieben in der Region auf positive Resonanz. „Bisher haben alle Unternehmen ihre Unterstützung für das neue Akademie-Konzept signalisiert“, so Schwanitz in einem Zwischenfazit nach Besuchen bei den Firmen „Sachsendruck“, „NARVA Speziallampen“ und „Plauener Gardine“. In Sachsen, so Schwanitz

weiter, gebe es derzeit einen harten Wettbewerb um die zukünftigen Akademiestandorte. Dabei spiele neben der Qualität des Konzepts auch die Frage der regionalen Akzeptanz eine wichtige Rolle. Mit Betriebsbesuchen wolle er deshalb dafür werben, dass sich die vogtländischen Unter-

nehmen aktiv bei der sächsischen Staatsregierung für den Erhalt bzw. Ausbau der Plauener Berufsakademie einsetzen. In den nächsten Wochen will Schwanitz darüber mit den Unternehmensleitungen der Plauener Sternquell-Brauerei, der Tiepner GmbH in Oelsnitz, dem Paracelsus Waldkrankenhaus in Adorf und dem Forschungsinstitut für Balneologie und Kurortwissenschaft in Bad Elster sprechen.

Um möglichst viele Betriebe zu erreichen, werden sich auch die anderen Mitglieder der parteiübergreifenden Initiative zum Ausbau der Berufsakademie an der „Werbetour“ beteiligen. Insgesamt sollen über 30 vogtländische Betriebe angesprochen werden. Parallel zu den Betriebsbesuchen hat Rolf Schwanitz bereits die nächste Initiative zum Ausbau der Akademie gestartet: In einem Brief an sämtliche Mitglieder des Kollegiums der Berufsakademie Sachsen stellt Schwanitz das neue Akademie-Konzept vor und setzt sich nachdrücklich für den Fortbestand der Berufsakademie Plauen ein. Hintergrund ist die starke Stellung, die das Sächsische Berufsakademiegesetz dem Kollegium bei der Auswahl der Akademiestandorte einräumt.

Kurz kommentiert

Kann man die EU-Verfassung ablehnen?

Diese Frage klingt komisch! Am Donnerstag stimmt der Bundestag über die EU-Verfassung ab. Die Abgeordneten müssen darüber entscheiden. Sie sind frei gewählt, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem eigenen Gewissen unterworfen. Natürlich kann deshalb ein Abgeordneter auch mit Nein stimmen. So ist die Frage jedoch nicht gemeint! Gemeint ist viel mehr, ob eine Ablehnung der EU-Verfassung durch das Parlament überhaupt verantwortbar wäre. Hier sage ich ein klares Nein! Die EU wurde vor einem Jahr erweitert. Gerade wir im Vogtland haben erlebt, dass dies nicht Not und Chaos sondern Vorteile für die Menschen gebracht hat. Die EU-Verfassung gibt der größeren gewordenen Gemeinschaft nun die neuen Regeln, die sie dringend braucht. Natürlich kann man auch auf Populismus setzen. EU-Skeptiker gibt es genug. Ängste können geweckt und instrumentalisiert werden. Dies hat gerade bei Konservativen eine lange Tradition. 1949 lehnte die CSU sogar das Grundgesetz ab. Ich bin gespannt, wer sich nun in diese Tradition stellt!

Rolf Schwanitz



Schwanitz unterstützt Bürgerinitiativen

Ende April traf sich Rolf Schwanitz mit Vertretern der Bürgerinitiativen gegen den Gesteinsabbau in Tännicht/Herlasgrün und Kloschwitz. Die Bürgerinitiativen kämpfen schon seit Jahren gegen die bereits zu DDR-Zeiten erteilten Bergbaubewilligungen und haben den vogtländischen SPD-Bundestagsabgeordneten um weitere Unterstützung gebeten. Das Thema Gesteinsabbau ist für Schwanitz nicht neu. Anfang der Neunziger Jahre besorgte er wichtige Erstinformationen über geplante Abbaufelder im Vogtland. 1996 war er für die SPD-Bundestagsfraktion maßgeblich an den Beratungen zum Gesetz zur Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse bei Bodenschätzen beteiligt. Durch dieses Gesetz sollte auch in



Ostdeutschland eine gerechte Abwägung zwischen den Belangen der betroffenen Bürger und Gemeinden, den Belangen der Abbaubetriebe und dem Allgemeinwohlinteresse an einer ausreichenden Rohstoffversorgung ermöglicht werden. Schließlich sollte auch einer "Bevorratung" von Bergbaubewilligungen wie sie nach Schwanitz Meinung in diesem Fall offenbar praktiziert wird - ein wirksamer Riegel vorge-schoben werden.

Rolf Schwanitz sagte den Bürgerinitiativen seine volle Unterstützung zu. "Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb das Oberbergamt bis heute die erteilten Abbaubewilligungen nicht widerrufen hat", so Schwanitz am Ende der Gespräche. In einem Brief wird er sich direkt an den zuständigen Sächsischen Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit wenden und auf eine Beschleunigung des Verfahrens drängen. Nach Ansicht von Schwanitz wäre es "nicht nur ein Schaden für Natur und Region, sondern auch für die Akzeptanz von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie", wenn die bestehenden Bergbaubewilligungen letztendlich zu einem tatsächlichen Gesteinsabbau führen würden.

Hilfe für Helfer

Der vogtländische SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz ruft zur Beteiligung an startsocial, dem bundesweiten Wettbewerb für soziale Ideen und Projekte, auf. Noch bis zum 15. Juni 2005 können sich engagierte Bürger mit sozialen Ideen und Projekten um eines von 100 dreimonatigen Beratungsstipendien bewer-

ben, die es bei dem Wettbewerb zu gewinnen gibt. Die Gewinner erhalten individuelle Beratung und Hilfe durch erfahrene Experten und Coaches aus der Wirtschaft und sozialen Institutionen. Die sieben besten Projekte bekommen zusätzlich Geldpreise zu je 5.000 Euro. Ziel des Wettbewerbs unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Gerhard

Schröder ist die Förderung des ehrenamtlichen Engagements.

Rolf Schwanitz erlebt im Vogtland, "dass die Menschen tagtäglich bereit sind, für andere etwas zu tun. Dieser Einsatz für das Gemeinwohl wird durch den Wettbewerb wirksam gefördert. Deshalb rufe ich alle ehrenamtlich Engagierten im Vogtland auf, sich an startsocial zu beteiligen." Bewerben können sich bei startsocial alle engagierten Bürger mit sozialen Ideen und Projekten, die überwiegend ehrenamtlich getragen sind und an der nachhaltigen Lösung eines sozialen Problems arbeiten. Weitere Informationen zum Wettbewerb sowie die Teilnahmeunterlagen finden Bewerber unter www.startsocial.de.

Kurz gemeldet

Mit dem PPP in die USA
Auch im nächsten Jahr kann wieder ein vogtländischer Jugendlicher im Rahmen des Parlamentarischen Partnerschaftsprogramms (PPP) mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages für ein Jahr in die USA reisen. Schüler sollten am 31.7.2006 die 10. Klasse abgeschlossen haben und höchstens 17 Jahre alt sein. Junge Berufstätige sollten zu diesem Zeitpunkt ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und zwischen 16 und 22 Jahre alt sein. Arbeitslose Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung können sich ebenfalls bewerben. Das Bewerbungsfaltblatt kann im Wahlkreisbüro von Rolf Schwanitz, Freiheitsstr. 13, 08523 Plauen, Tel: 03741-134118 oder unter <http://www.rolf-schwanitz.de/ppp.htm> angefordert werden.

Demokratiepreis der SPD-Landtagsfraktion

Die sächsische SPD-Landtagsfraktion unterstützt mit ihrem Preis für besonderes Engagement in diesem Jahr das "Europäische Jahr der Demokratieerziehung". Der Preis ist mit 4000 € dotiert. Bis zum 1. September können sich alle Projekte der demokratischen Bildung, gleich ob Kindergärten, Schulen, Senioren, Bildungsträger, Vereine, Verbände, private Initiativen oder andere Organisationen bewerben. Die Preisverleihung ist im November dieses Jahres.

Union blockiert

Die unionsgeführten Länder haben im Bundesrat in dieser Wahlperiode bereits 91 Mal den Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Länderkammer angerufen. So viele Vermittlungsverfahren gab es noch nie, stellte Rolf Schwanitz fest.



Was andere Zeitungen schreiben

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die Medien aufgerufen, „mit ihrer durchaus vorhandenen Macht und ihrem Einfluss besonders gewissenhaft“ umzugehen. Die Medien üben in der Demokratie eine wichtige Kontrollfunktion aus und unterlägen selbst keiner demokratischen Kontrolle, sagte der Kanzler. ... Journalisten müssten „der Versuchung widerstehen, sich selbst als politische Akteure zu begreifen.“
(AP vom 29.04.2005)

Porsche-Chef Wiedeking:
„Auch wenn Unternehmen ihren Aktionären verpflichtet sind – wir haben nun mal ein hohes Maß an sozialer Verantwortung mitübernommen. In der sozialen Marktwirtschaft müssen wir einen sozialen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit finden, und dieses Bemühen lassen viele Unternehmen heute vermissen.“
Frage: Was halten Sie von der Kapitalismuskritik von Franz Münterfering? „Wenn der Papst sich entsprechend äußert, bekommen alle glänzende Augen und jubeln ihm zu. Also muss eine solche Kritik auch Herrn Münterfering gestattet sein. Wir müssen über die Themen, die allen unter den Nägeln brennen, diskutieren. Wir brauchen schlicht Arbeitsplätze – und das jede Menge“.
(Die Zeit vom 27.04.2005)

Zu Gast in Klingenthal

In der Gaststätte "Zum Döhlerwald" trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat die örtliche SPD. Im Mai ist ihr prominenter Gast Rolf Schwanitz. Doch nicht Bundespolitik bestimmt die Diskussion des Abends. Die Klingenthaler liegen im Clinch mit dem Regierungspräsidium Chemnitz. Es geht um den Bau des Schulzentrums Klingenthal. Unter einem Dach sollen im Schulzentrum Mittelschule und Gymnasium zusammengeführt werden. Vogtlandkreis und Stadt haben Fördermittel beantragt; Fördermittel des Bundes für Ganztagschulen. Das Regierungspräsidium bremst ab. 17 Schüler für die Mittelschule sind zu wenig. Doch die Situation trat erst ein, als der sächsische Kultusminister die Bildungsempfehlung fürs Gymnasium auf einen Notendurchschnitt von 2,5 absenkte.

Damit wechselten mehr Klingenthaler Grundschüler ans Gymnasium, als erwartet. Eine Ausnahmegenehmigung muss her - davon sind die Genossen in Klingenthal überzeugt. Denn in den Folgejahren steigen die Schülerzahlen wieder. Eine Bildungsempfehlung einfach abzusenken, verbessert das Bildungsniveau in Sachsen nicht. Besser wäre ein gemeinsames Lernen bis zur achten Klasse. Doch hier waren die Klingenthaler Genossen realistisch. Es bedarf besserer Wahlergebnisse, um sich hier durchzusetzen.



Rolf Schwanitz in Klingenthal

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

Sie finden mich auch im
Internet:

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

13.5.2005, 14 Uhr, Eröffnung des BMW-Werkes in Leipzig

13.5.2005, 18 Uhr, Sitzung des Landesvorstands der SPD-Sachsen in Dresden

17.5.2005, 11 Uhr, Diskussion mit einer Besuchergruppe aus dem Vogtland im Paul-Löbe-Haus

19.5.2005, 10 Uhr, Betriebsbesuche in Plauen, Oelsnitz und Adorf

19.5.2005, 20 Uhr, Internationaler Instrumentalwettbewerb in Markneukirchen

27.5.2005, 17 Uhr, Mitgliederversammlung Neue Gesellschaft Sachsen e.V.

27.5.2005, 9 Uhr, Sitzung des Bundesrates in Berlin

Die nächsten Bürger-sprechstunden:

20.5.2005, 12-14 Uhr
10.6.2005, 10-12 Uhr

Alle Sprechstunden im Plauener Wahlkreisbüro in der Freiheitsstraße 13. Telefonische Anmeldungen unter 03741-134118.

Verbesserte Hinzuerdienstmöglichkeiten

Wer als Arbeitslosengeld-II-Empfänger etwas hinzuverdient, soll davon in Zukunft mehr behalten können als bisher. Damit wird der Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit verbessert.

Als Bezugspunkt für den Freibetrag wird künftig das Bruttoeinkommen angesetzt. Außerdem werden die bisherigen Absetzbeiträge durch einen Grundfreibetrag in Höhe von 100 € ersetzt. Für das den pauschalen Grundfreibetrag übersteigende Einkommen werden zusätzliche prozentuale Freibeträge eingeführt. Bis zu einem Bruttoeinkommen von 800 € sind es 20% des den Grundfreibetrag übersteigenden Einkommens. Für Bruttoeinkommen über 800 € sind es 10%. Die Obergrenze für die vereinbarten Freibeträge liegt für Alleinstehende bei 1.200 €, für alle Bedarfsgemeinschaften mit Kindern bei 1.500 €. Die Neuregelungen werden in dieser Woche erstmals im Deutschen Bundestag behandelt und sollen noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Holocaustmahnmal in Berlin eingeweiht

In einem feierlichen Festakt ist das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin seiner Bestimmung übergeben worden. An der Eröffnungszereemonie nahmen Überlebende des Holocaust und zahlreiche geladene Gäste aus der ganzen Welt teil. Für Staatsminister Rolf Schwanitz - der selbstverständlich auch unter den Gästen war - ist es wichtig, dass das Mahnmal kein Schlusspunkt unter der Geschichte ist, sondern uns stetig daran erinnert, ein solches Verbrechen nicht wieder zuzulassen.

Das Denkmal, das an die Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nazis erinnern soll, liegt südlich des Brandenburger Tors in unmittelbarer Nähe des Reichstags. Über 2700 unterschiedlich hohe Betonstelen wurden in den unregelmäßig abgesenkten Boden eingelassen. Dadurch ist ein Stelenfeld entstanden, das von allen Seiten begeh- und erfahrbar ist. Ergänzt wird es durch ein unterirdisches Informationszentrum, welches über das Schicksal der Opfer und die historischen Stätten des Holocaust aufklärt.



Architekt Peter Eisenman bei seiner Eröffnungsrede

Umsetzung des 20-Punkte-Programms läuft

Um die Umsetzung der Agenda 2010 voranzubringen und neue Impulse zu geben, hat Bundeskanzler Gerhard Schröder am 17. März ein 20-Punkte-Programm vorgestellt. Das Bundeskabinett brachte dazu bereits erste Gesetzesinitiativen auf den Weg. So hat sie die Ausdehnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen beschlossen. Dadurch wird der deutsche Arbeitsmarkt vor Lohndumping geschützt. Außerdem soll durch eine Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes die Befris-

tung eines Arbeitsvertrages ohne sachlichen Grund künftig nicht mehr auf Neueinstellungen beschränkt sein. Zugleich werden die erleichterten Befristungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer um ein Jahr verlängert. Darüber hinaus werden mehrere befristete arbeitsmarktpolitische Instrumente für ältere Arbeitnehmer verlängert. Schließlich sollen die Unternehmenssteuersätze gesenkt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Investitionsstandortes Deutschland zu erhalten. Auch hier hat das Bundes-

kabinett einen entsprechenden Gesetzesentwurf bereits beschlossen. Dies gilt auch für die Senkung der Erbschaftsteuer, welche die Fortführung von kleinen und mittleren Familienunternehmen erleichtern soll. Fest steht auch, dass der Bund bis 2008 zwei Milliarden Euro zusätzlich in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Dadurch werden 60.000 Arbeitsplätze gesichert. Die Umsetzung des 20-Punkte-Programms wird also nicht auf die lange Bank geschoben, sondern zügig angegangen.